

# Garantiertes Grundeinkommen

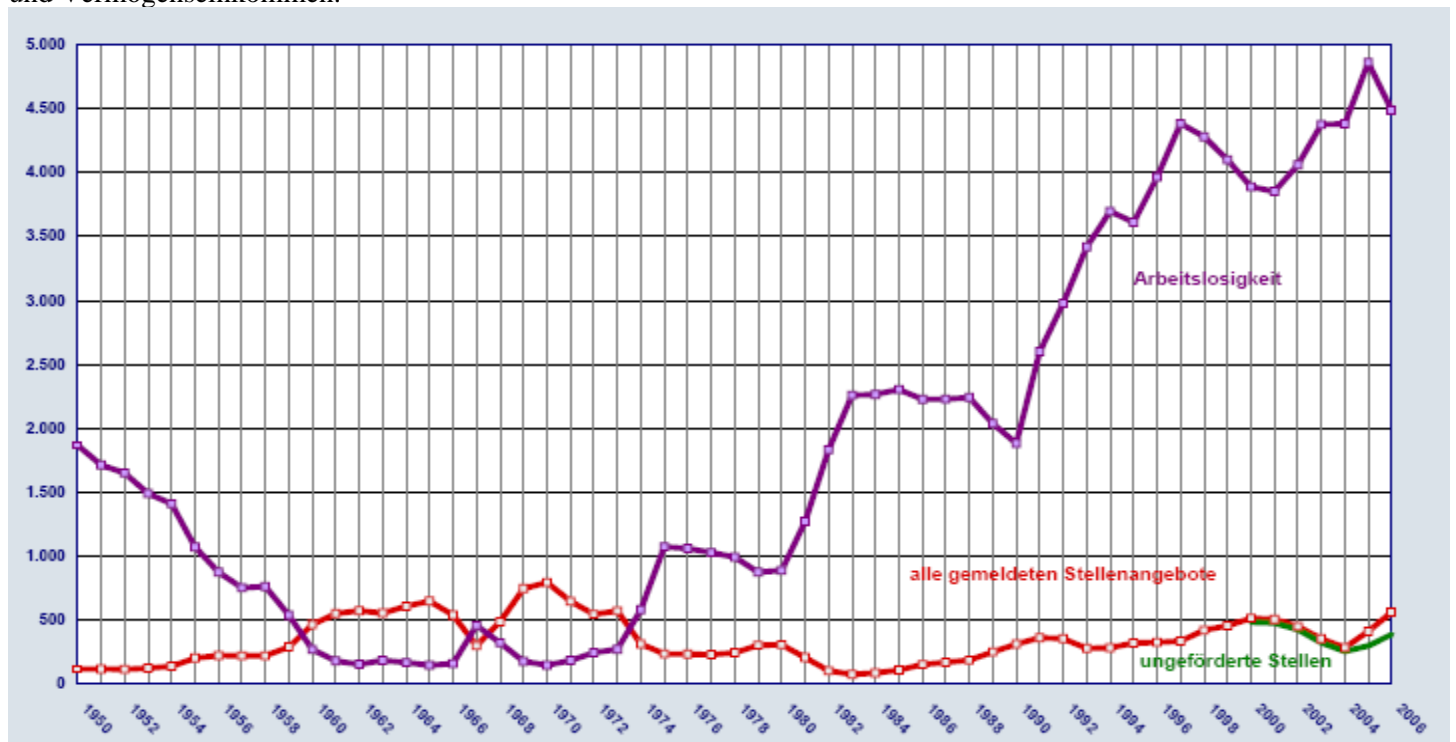
## Instrument für eine Solidarische Marktwirtschaft

### Durch Anreize zu einer Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und Umsetzung der Tätigkeitsgesellschaft



#### Vorwort

Ökonomische Analysen diagnostizieren zur Zeit schwankende Arbeitslosenzahlen (3,9 Mio. registrierte Arbeitslose, 1 Mio. verdeckt Arbeitslose und ca. 1,5 Mio. Stille Reserve, d.h. arbeitsplatzsuchend aber mangels Möglichkeiten Transfers zu erhalten nicht gemeldet), die zum größten Teil strukturell bedingt sind, d.h. der primäre (Landwirtschaft u.ä.) und der sekundäre (Industrie u.ä.) Sektor setzen massiv Arbeitskräfte frei und der tertiäre Sektor (Dienstleistungen) ist nicht in der Lage diese aufzunehmen. Daneben wird der Arbeitsmarkt immer mehr von prekären Einkommensverhältnissen dominiert, wie z.B. der Scheinselbständigkeit, Zeit- und Leiharbeit, geringfügigen Beschäftigung, Teilzeitarbeit, befristeten Arbeitsverhältnissen und nicht zuletzt des Working Poor (trotz einer regelmäßigen Arbeit deckt das Lohneinkommen nicht das Existenzminimum). Letzte Daten zeigen, dass 50 % aller neu ins Erwerbsleben Eintretenden in diese prekären Einkommensverhältnisse fallen. Auf der anderen Seite wird die Ungleichheit in der Einkommens- und insbesondere in der Vermögensverteilung immer größer. Dies ist zum Teil Ausfluß einer immer stärkeren steuerlichen Entlastung der Vermögen und Vermögenseinkommen.



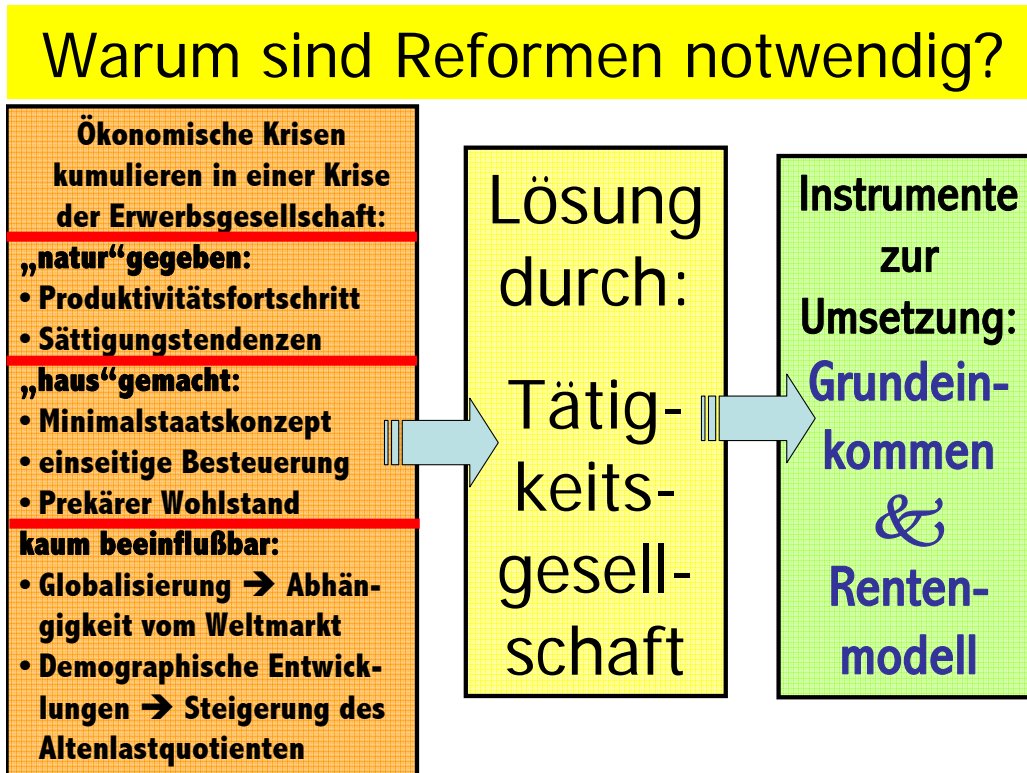
Allein diese zwei Problemkreise gepaart mit Reformen, die gerade die nicht so Leistungsfähigen in unserer Gesellschaft massiv unter Druck setzen und einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, welche die Arbeitslosigkeit, zum großen Teil entstanden durch die großen Produktivitätsfortschritte, die das Arbeitsvolumen, welches in unserer Gesellschaft zur Verfügung steht um Arbeitsplätze zu schaffen, schrumpft, durch höhere Anreize, die immer die Missbrauchsvermutung von Sozialleistungen unterstellt, und geringere Löhne, bekämpfen will zeigen einen grundlegenden Wandel in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung, die mit dem Oberbegriff „Stagnation“ gekennzeichnet werden kann und dies nicht nur gemessen an den ökonomischen Größen, sondern auch in der Ideenvielfalt.

Durch die Reformen wird zum größten Teil der Schwarze Peter einseitig den Arbeitslosen zugeschoben. Sie hätten nicht genügend Anreize um sich um einen „Job“ zu kümmern. Das Allheilmittel scheinen monetäre Zwangsmittel zu sein, indem z.B. die Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau gesenkt wird bei gleichzeitiger Anrechnung von Einkommen des Ehepartners und den nicht angreifbaren Vermögensbeständen im Niveau des Bundessozialhilfegesetzes. Wie erwähnt, die Reformen verkennen die Realität des Arbeitsmarktes mit zunehmendem Arbeitsmarktdruck, sinkenden Realeinkommen und paradoxerweise steigenden Arbeitszeiten. Durch das neue Anrechnungsverfahren beim Arbeitslosengeld II haben ca. 0,7 bis 0,8 Mio. ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger keine Leistungen mehr erhalten; diese melden sich evtl. nicht mehr arbeitslos und somit verringert sich auch noch die offizielle Arbeitszahlenzahl.

Die Forderung nach Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wie gefordert ist längst Realität geworden mit zunehmend unsteuerten Arbeitszeiten und höher werdenden und nicht abgerechneten Überstunden. Das Heruntertarifieren der Löhne wird längst praktiziert und die Zumutbarkeitskriterien schaffen keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Eindeutiger Problemfall sind die Geringqualifizierten, welche auf absehbare Zeit kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Natürlich nimmt die

Zahl der neu ins Erwerbslebenden Eintretenden stetig ab, da aber der Produktivitätszuwachs höher ist, als die Abnahme der Erwerbstätigen bleibt das Arbeitslosenrisiko bestehen. Dies gilt ausdrücklich aber nicht für Hoch- und Mittelqualifizierte, die in spätestens in 4 Jahren immer stärker gesucht werden.

Für die Umsetzung eines Modells zum Grundeinkommen sind primär Reformen aufgrund ökonomischer Krisenzustände heranzuziehen, wie folgende Abbildung deutlich macht.



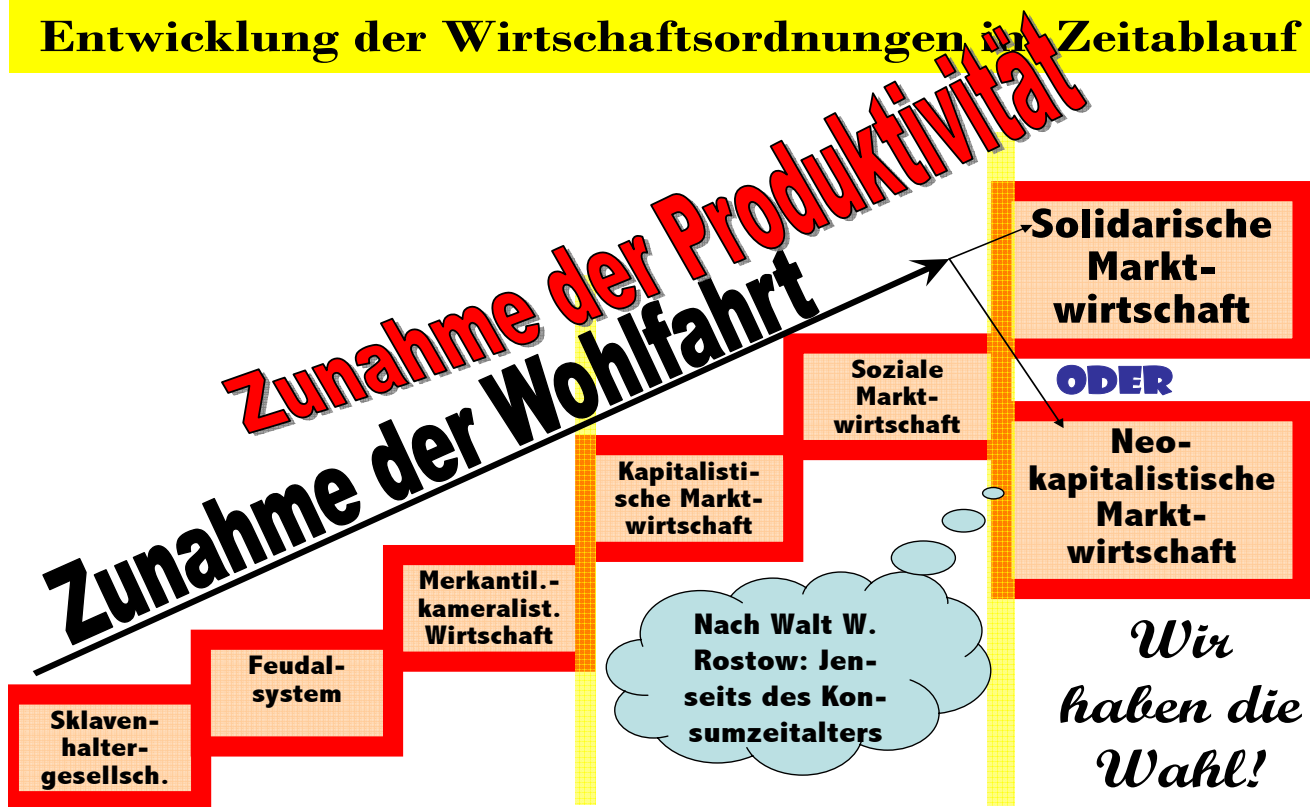
**Ist die Gesellschaft am Scheideweg zu einer neuen Wirtschaftsordnung?**

Wirtschaftsordnungen haben seit jeher Entwicklungen durchgemacht, die zu einem Überwinden des bisherigen auf ein „besseres“ Niveau geführt haben. Die Entwicklungen waren gepaart mit der Suche nach einer höheren Wohlfahrt für den Staat und die Menschen. Nach dem Überwinden des eher stationären Mittelalters begann mit der allmählichen Herausbildung von Berufen ab dem 13. Jh. und den ersten industriellen Entwicklungen ab dem 18. Jh. ein rasanter Produktivitätsanstieg, der die Absorption der Arbeitskräfte durch den Agrarsektor stoppte und allmählich die Beschäftigtenzahl im landwirtschaftlichen Bereich reduzierte; aufgefangen wurden die Arbeitslosen zunächst in den sich herausbildenden handwerklichen Berufen, die mit einer Zunahme an Selbstständigkeit einherging. Mit der Herausbildung eines gesellschaftlich gewollten und durch technische Erfindungen möglich gewordenen industriellen Sektors wurde die Arbeit in unselbstständigen Arbeitsverhältnissen fast die Regel.

Aber gerade in diesem Bereich ließen die Produktivitätssteigerungen keine Wünsche offen und eine Arbeitslosigkeit in diesem Bereich wurde nur durch den Mehrkonsum der privaten Haushalte verhindert. Trotzdem wurde durch die zunehmende Rationalisierung der Produktionsfaktor Arbeit immer weniger benötigt und man sah immer mehr die Lösung in einer Dienstleistungsgesellschaft, welche kaum rationalisierbar erscheint. Jean Fourastié hatte in seinem Buch von 1949 im sogenannten tertiären Sektor die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts gesehen. Indes durch die Möglichkeiten der Hard- und Software gepaart mit neuen Managementmethoden (indirekte Steuerung) waren in den letzten 20 Jahren die Produktivitätsfortschritte im tertiären Bereich wesentlich höher als im industriellen Sektor. Erschwerend traten Sättigungstendenzen auf, die nur durch einen zunehmenden Export wettgemacht werden konnten. Die Arbeitslosigkeit zeigt stetig an und der Arbeitsmarktdruck führt zu unwürdigen Arbeitsverhältnissen. Lassen wir diesen Entwicklungen freien Lauf, besteht die realistische Gefahr zum Manchester-Kapitalismus des 19. Jh. mit Tagelöhnern und insbes. Arbeitsverhältnissen mit einer kaum existenzabsichernden Entlohnung zurückzukehren.

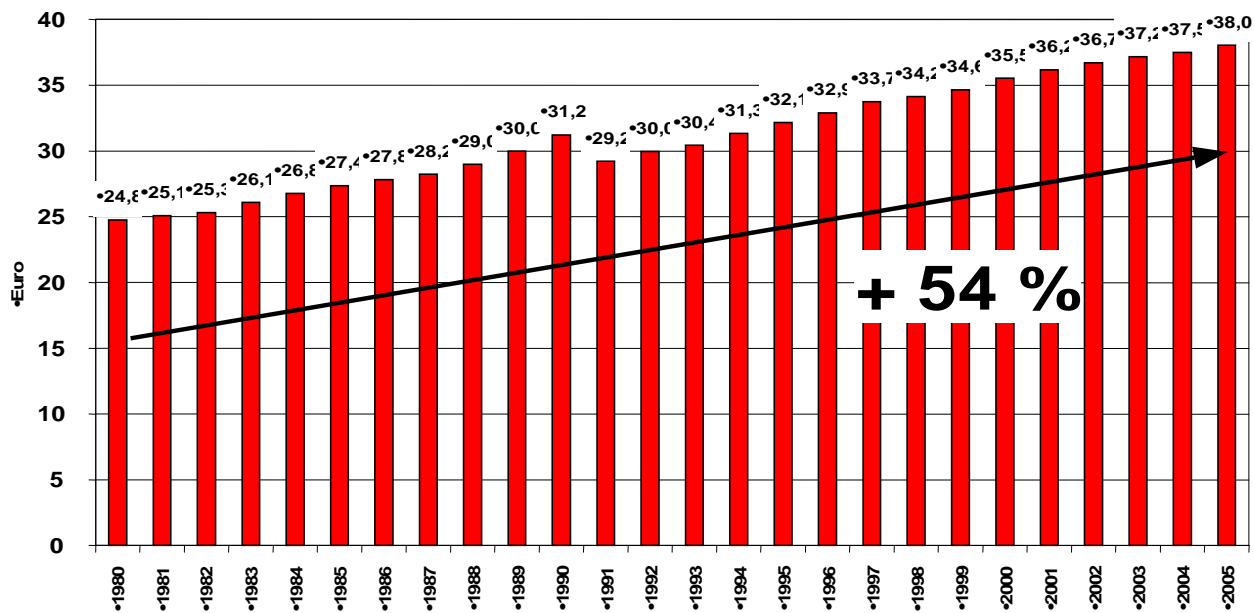
Auf der anderen Seite steigt die Wertschöpfung aber stetig an und das Bruttoinlandsprodukt je Kopf wird immer größer. Ein Partizipieren der Arbeitnehmer an dieser Wohlstandsmehrung ist seit der mangelnden Durchsetzbarkeit einer produktivitätsorientierten Entlohnung durch die Gewerkschaften ist mehr gegeben. Es bleibt nur die Wahl andere Verteilungsmechanismen zu finden, die auf der einen Seite einen „gerechten Anteil der Arbeitnehmer“ an ihrer Wertschöpfung realisieren und auf der anderen Seite ein Wachstumsmodell für den quartären Sektor, dem Informationssektor anbieten. Hier spielt, wie später noch ausgeführt wird, die Bildung eine zentrale Rolle, deren Verbesserung durch die Ausrichtung auf ein qualitatives Wachstum eingeleitet wird. Wir nennen diese Wirtschaftsordnung: Solidarische Marktwirtschaft

# Entwicklung der Wirtschaftsordnungen im Zeitablauf



## Steigerung der Wertschöpfung von 1980 bis 2005

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde\*



\*ab 1991 Gesamtdeutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Inlandsproduktberechnung, Wiesbaden 2006.

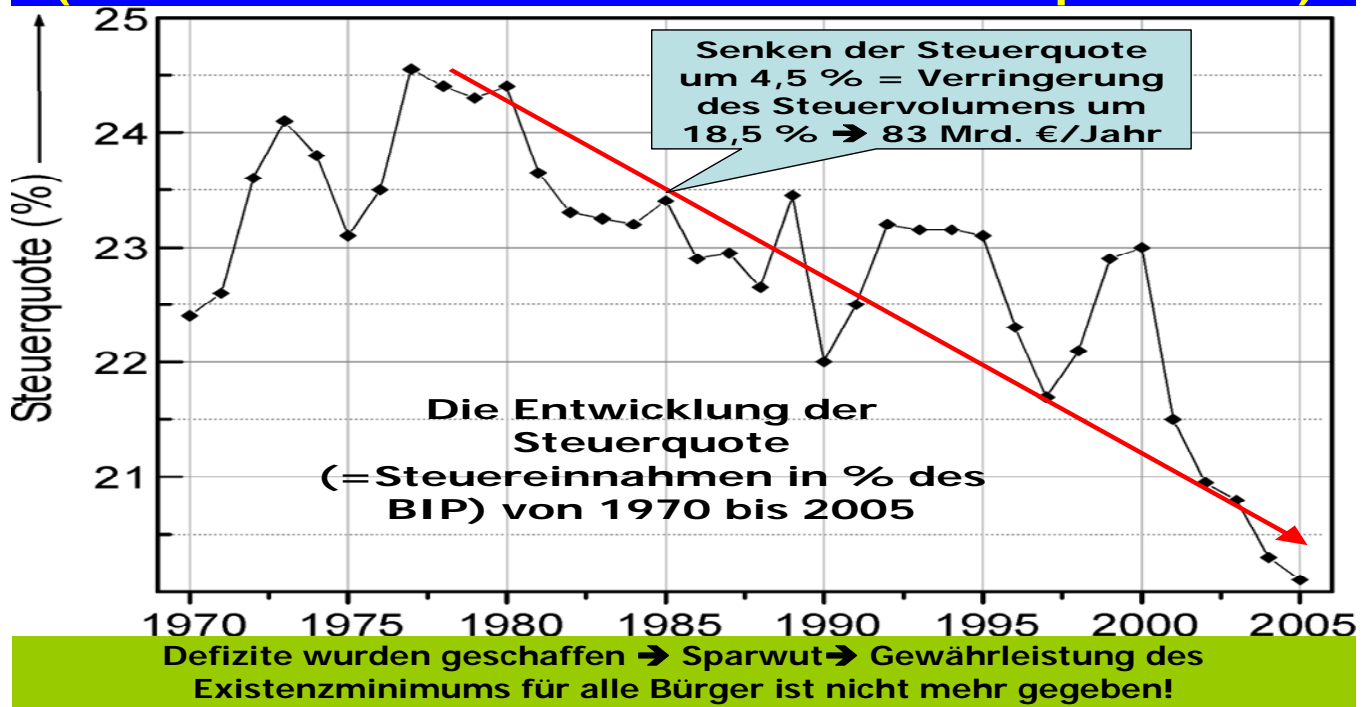
### Wieso kann ein Grundeinkommen in dieser Situation helfen?

Das Grundeinkommen setzt eine Verteilung der Wertschöpfung zugunsten der Haushalte um, die „nur“ ihre Arbeitskraft anbieten können. Das Grundeinkommen ist aber nicht als armutsvermeidendes Instrument zu verstehen, sondern als Möglichkeit die Arbeitnehmer mit alternativen Handlungschancen zu versehen, gemäß ihrer Fähigkeiten die Wertschöpfung unserer Gesellschaft zu erweitern.

Die nach Arbeitszeit strebenden Menschen müssen sich nicht mehr unwürdigen Vermittlungsprozeduren hingeben, sondern können gemäß ihren Fähigkeiten ihr Humankapital ausleben und die Wertschöpfung unserer Gesellschaft mehren.

Ist der Staat in der Lage Finanzierungsmöglichkeiten bereitzustellen?

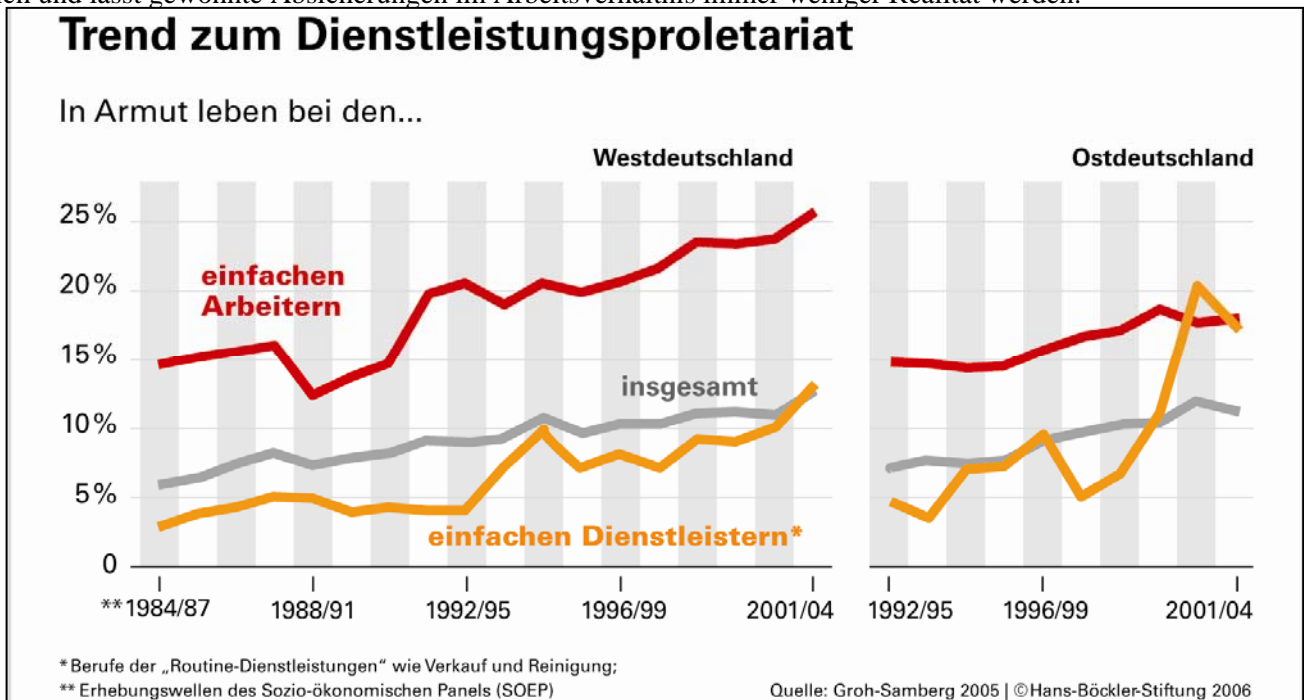
**Entwicklung der Steuerquote von 1970 bis 2005  
(Steuereinnahmen in % des Bruttoinlandsproduktes)**



Durch die stetige Senkung der Steuern, insbesondere im Bereich der Unternehmenssteuern und der Absenkung der Progressionszone, hat sich der Staat künstlich arm gemacht. Die Argumente, welche aussagen, dass diese Senkung einer Sicherung bzw. Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit dienen, werden dadurch ad absurdum geführt, da Deutschland seit mehreren Jahren Exportweltmeister ist und steigende Exportüberschüsse erreichen kann. Die Hoffnung, dass durch die massiven Entlastungen bei den Unternehmen, die Nettoinvestitionen der Unternehmen ansteigen, haben sich überhaupt nicht realisiert, denn Deutschland steht hier zu Zeit im europäischen Vergleich mit 3 % des BIP an letzter Stelle.

**Welche Folgen hat die Dominanz der Erwerbsarbeit?**

Durch die Fixierung auf Erwerbsarbeit, ist die Umsetzung eines hohen Arbeitsmarktdrucks für die Arbeitgeber leichter möglich und lässt gewohnte Absicherungen im Arbeitsverhältnis immer weniger Realität werden.



Gegen Flexibilisierung im allgemeinen, ist keine negative Kritik angebracht, wenn sie aber gepaart wird mit einer einseitigen Dominanz auf seiten der Arbeitgeber, die eine zu triviale neoliberale Wirtschaftspolitik verfolgen, werden die prekären Arbeitsverhältnissen nicht den Stellenwert einer Minderheit sondern das Gros der Arbeitsverhältnisse sein. Nach neusten Untersuchungen beginnen 50 % der neuen Erwerbstätigen in solchen Beschäftigungsverhältnissen!

## Folgen

**Arbeitsmarktdruck: gleichbleibend hohe Anzahl an Erwerbspersonen gepaart mit zunehmender Produktivität**

**Sektorenverschiebung**  
**Zu geringe Bildungsinvestitionen und mangelnde Ausbildung in Richtung zukunftsweisende Berufe**

### Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes

- Geringfügige Beschäftigungen; Mini- und Midi-Jobs
- Zeitarbeit und Leiharbeit
- Scheinselbstständigkeit, Ich-AG's
- Befristete Beschäftigungen
- Revolvierende unbezahlte Praktika
- Niedriglohnsektor, Heimarbeit
- Abbau sozialversicherungspflichtiger AN
- Projektarbeit, indirekte Steuerung

**Working Poor (14 %!)**  
**Aushöhlung des Tarifrechts**  
**Abbau von Arbeitnehmerrechten**  
**mangelnde Renten- und Krankenversich.**

#### Wie gelingt eine Neuformulierung der „Arbeit“

Es gibt in der gespaltenen Gesellschaft neue und aktuelle Herausforderungen für die KAB: die Gestaltung einer Tätigkeitsgesellschaft, in der neben Arbeit auch Freizeit, Muße und andere Kulturbereiche in ein neues Verhältnis zueinander gebracht werden.

Dr. Michael Schäfers

Die Hauptakteure der Marktversorgung, Gewinnoptimierung zielenden darin eingebundenen Betriebsparteien (Arbeitnehmerseite) und die mit ihnen Tarifparteien, sind von ihrer Funktion und historisch gewachsenen und Organisation her sehr einseitig auf die ökonomische Eigendynamik des (einschließlich der Ware „bezahlte ausgerichtet. Aus ihrer Perspektive ist die Haushaltswirtschaft lediglich in ihrer Sphäre für den Konsum der auf dem produzierten Sachgüter und von Interesse; und die unbezahlte Arbeit zumindest partiell unverzichtbares Umsetzung von Konsumgütern in die Bedürfnisbefriedigung gesehen.

einseitigen Interessenausrichtung sind die Akteure der Marktversorgung nicht geeignet, um die Aufwertung und Funktionsanreicherung der unbezahlten Arbeit mit Nachdruck zu betreiben. Die volkswirtschaftlichen Akteure müssen in ihrem Wachstumsstreben, welche für den Bestand der Wertschöpfung notwendig sind, die notwendige qualitative Ausrichtung erkennen, die in der Ausschöpfung des immateriellen Humankapitals liegt, welches die Hauptressourcen unseres Wirtschaftens: die Bildung und die Institutionen, stärker herausbildet. Diese Neubesinnung auf eine „reichere“ Gesellschaft, z.B. durch verbesserte Kindererziehung, Förderung von Bildungsauszeiten, Wohlfahrtsgewinne durch verbesserte soziale und kulturelle Kontakte u.ä. kann nur dann gelingen, wenn diese Wertschöpfungsbereiche, wie von maßgeblichen Nobelpreisträgern der Ökonomie seit langem gefordert, als gleichwertig anerkannt werden. Erwerbsarbeit, welche zum größten Teil nur auf quantitatives Wachstum ausgerichtet ist, muss durch die Tätigkeit, welche umfassender alle Leistungen unserer Gesellschaft umfasst, abgelöst werden.

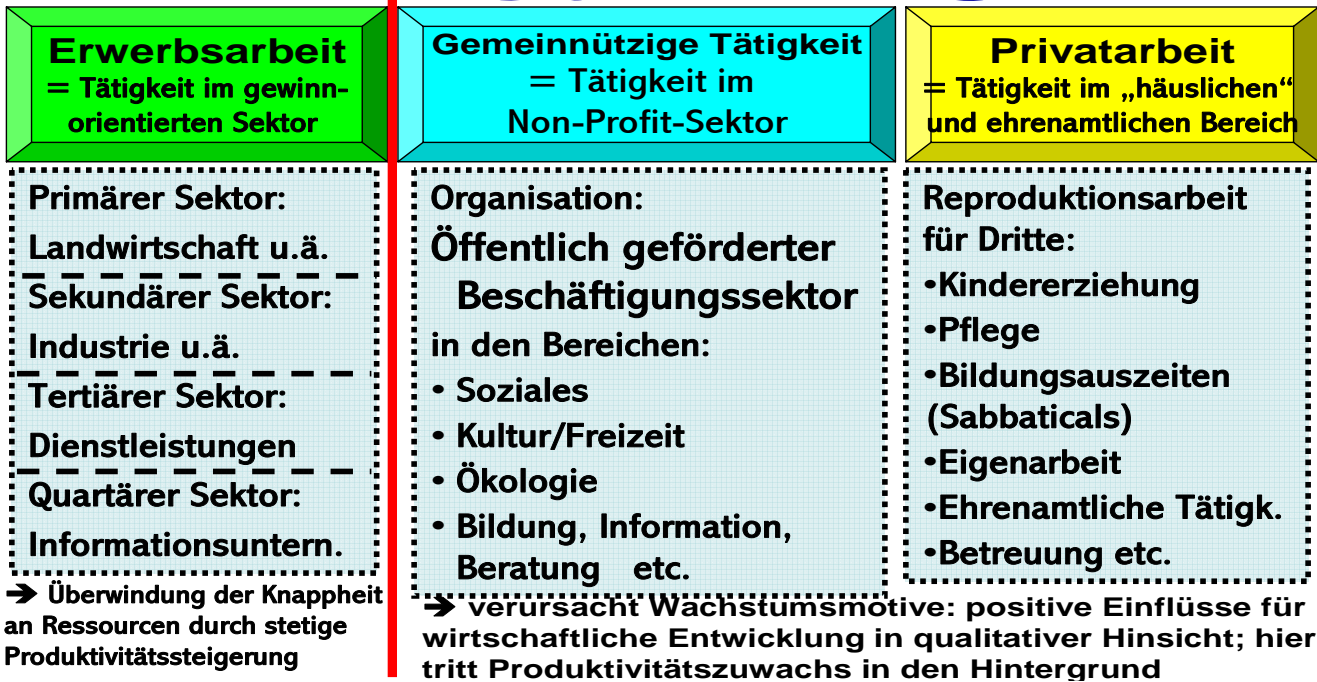
Damit ergibt sich zwangsläufig die Forderung nach der Tätigkeitsgesellschaft:



d.h. die auf Unternehmen, die (Unternehmens-, kooperierenden gesellschaftlichen Aufgabenstellung sozial- Warentauschs Arbeitskraft“) Bedarfs- und Eigenschaft als Markt Dienstleistungen wird lediglich als Hilfsmittel für die individuelle Angesichts dieser

Was versteht man unter der „Triade der Arbeit“?

# Triade der Arbeit



Welche Voraussetzungen benötigt die Umsetzung einer Tätigkeitsgesellschaft?

- Angebotsstruktur, Infrastruktur, Öffentlich-geförderter Beschäftigungssektor
- Steuerung der bisherigen ehrenamtlichen Tätigkeit
- Monetäre Anreize
- Gesellschaftliche Anerkennung der Tätigkeit als gleichwertig zur Erwerbsarbeit (durch soziologische und theologische Auseinandersetzung)
- Erzeugung von Kreativität

Für die Umsetzung mittels monetärer Anreize ist eine Absicherung durch ein Grundeinkommen notwendig, welches bedarfsunabhängig ausgezahlt wird, damit in einem gewissen Umfang die Arbeitszeit im sog. 1. Arbeitsmarkt reduziert wird zugunsten einer Privatarbeit oder der gemeinwesenbezogenen Arbeit. Hieraus wird zwingend eine Veränderung der Absicherung von Einkommensrisiken, weg von starr lohnarbeitszentrierten Sozialversicherungen, deutlich. Die KAB Aachen diskutiert und forscht seit ca. 15 Jahren zu diesem Thema und präferiert die Einführung eines bedarfsunabhängigen Grundeinkommens.

Was versteht man unter einem bedingten Grundeinkommen?

Suche nach finanziellen Anreizen um diese Tätigkeitsgesellschaft umzusetzen:

Bedingtes Grundeinkommen

- ↪ für jeden Bürger, der seinen ersten Wohnsitz in Deutschland (EU) hat.
- ↪ Gleichzeitig wird das Sozialversicherungssystem beibehalten und die Krankenversicherung durch Zusammenführung von gesetzlichen und privaten Kassen zu einer Bürgerversicherung umgewandelt.
- ↪ Die Organisation der Einnahmenerzielung regelt der Bund; die Verteilung hingegen die Kommune.
- ↪ Jegliche Tätigkeit in der Triade ist sozialversichert!

Präambel:

- Jeder Mensch hat ein Recht auf gesicherte Existenz von Geburt an.
- Jedes Mitglied der Gesellschaft hat ein Recht auf Selbstbestimmung und Selbstentfaltung und soll gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben können.
- Durch Demokratisierung und Beteiligung aller wird die Basis für eine ökologische und soziale Umgestaltung unserer Gesellschaft und Arbeitswelt und die Gleichstellung von Männern und Frauen geschaffen. Diese Grundannahmen haben eine finanzielle Existenzsicherung eines/einer jeden zur Voraussetzung.
- Das Grundeinkommen ermöglicht es Frauen wie Männern, sich gleichermaßen an Familienarbeit, gesellschaftlich notwendiger Arbeit und Erwerbsarbeit zu beteiligen.
- Das Modell sollte solange fortentwickelt werden, bis es auf die gesamte Menschheit, zumindest auf die europäische Ebene übertragen ist.

**Unter welchen Bedingungen ist der Bezug des Grundeinkommens gegeben?**

**Bedingungen:**

**Teilnahme an der Tätigkeitsgesellschaft durch:**

- Erwerbsarbeit
- Privatarbeit (Kindererziehung/Pflege/...)
- Gemeinwesenbezogene Arbeit/ÖBS/Ehrenamt...

um seine individuellen Fähigkeiten und die gesellschaftliche Wertschöpfung sicherzustellen.

**sofern:**

- Erwerbsfähig
- Wohnsitz gemäß steuerlicher Regeln in Deutschland (für Grenzgänger muss eine EU-weite Regelung geschaffen werden)

**Berechtigt ohne Teilnahme an der Triade der Arbeit:**

- Personen unter 18 Jahren bzw. über 65 Jahren
- Behindert; erwerbsunfähig; krank
- Bildungszeiten (insbes. Sabbattjahr)

**Verlieren die Sozialversicherungssysteme an Bedeutung?**

- Nicht entlohnte, gesellschaftlich notwendige Arbeit und damit wertschöpfende Tätigkeit ist sozialversichert.
- Einführung einer Bürgerversicherung (d.h. beitragspflichtig werden alle Einkunftsarten) ohne Beitragsbemessungsgrenzen
- Einheitsversicherung (Zusammenlegung der gesetzlichen sowie der privaten Krankenversicherungen)

**Welche Höhe hat das Grundeinkommen?**

**Auf der Basis 1.1.2006 ein einkommensunabhängiges Grundeinkommen pro Monat:**

- ab dem Tag der Geburt: 270 EURO
- ab dem 6. Geburtstag: 390 EURO
- ab dem 12. Geburtstag: 470 EURO
- ab dem 18. Geburtstag: 640 EURO

+ Mehrbedarfe für bestimmte Risikolagen (180 € insbes. f. Alleinerziehende)

- Synergieeffekte für Haushalte mit mehreren Personen (20 %)

**Wer bezieht die Mehrbedarfe?**

180 EURO werden für folgende Risikogruppen in Anlehnung an die Regelung der Mehrbedarfe des § 23 BSHG bzw. SGB XII gewährt:

- Alleinerziehende (s. § 23 II BSHG (Bundessozialhilfegesetz): d.h. wenn der andere Ehepartner eine nicht nur unerhebliche Zeit von der Familie getrennt ist: Scheidung, Tod, Freiheitsstrafe u.ä.
- Schwerbehinderte (in Anlehnung an § 23 III BSHG) und insbesondere Personen ab dem 65. Lebensjahr, die gehbehindert sind und gehbehinderte Erwerbsunfähige
- (chronisch) Kranke (in Anlehnung an § 23 IV BSHG: insbes. für kostenaufwendigere Ernährung),
- werdende Mütter nach § 23 Ia BSHG
- Andere Notlagen können im Individualfall durch eigene „Sozialkassen“ abgedeckt werden.
- Die Mehrbedarfe können nicht angehäuft in Anspruch genommen werden.

**Wie berechnet man das Grundeinkommen?**

**Dazu zwei Modellrechnungen als Beispiel auf Basis des Jahres 2006:**

**1. Familie: Ehepaar mit 2 Kindern im Alter von 6 und 13 Jahren**

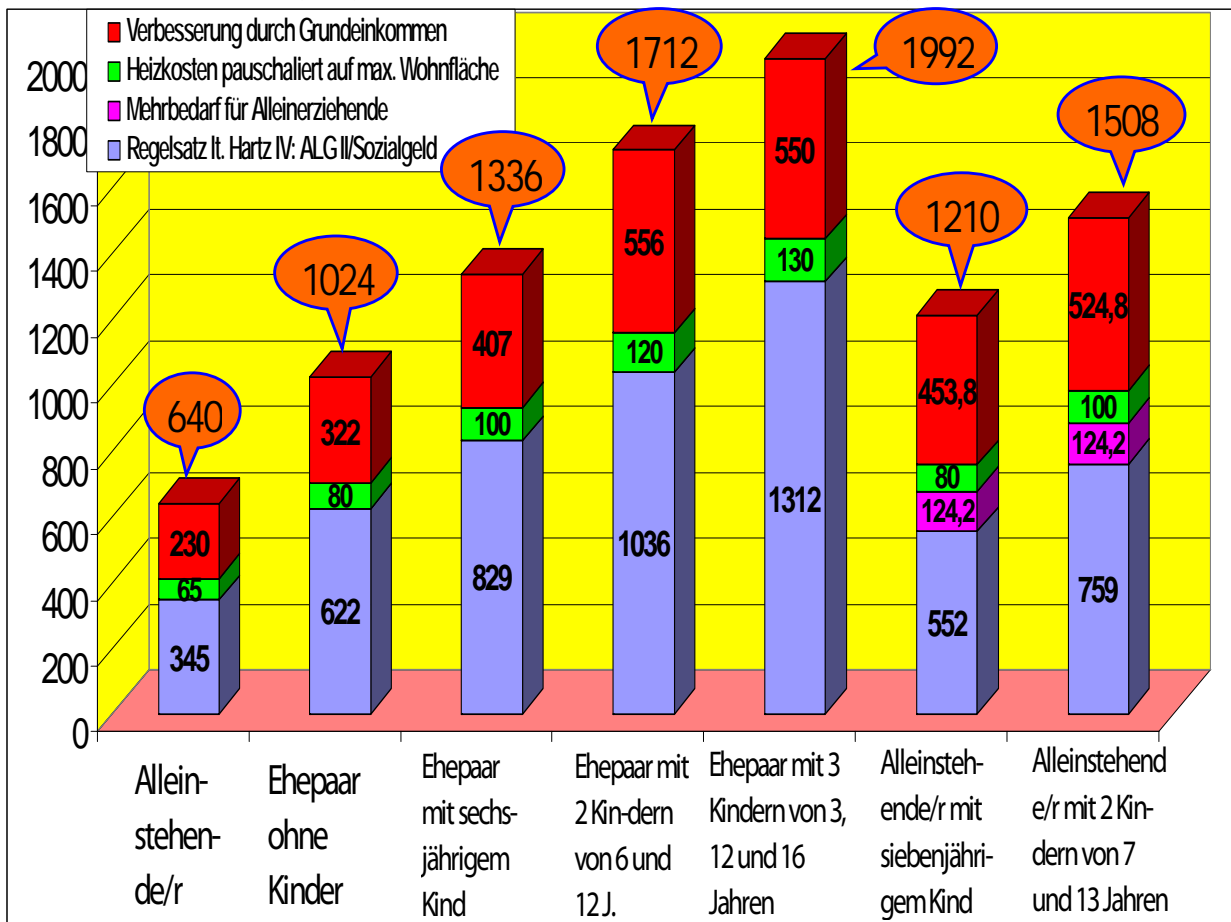
Haushaltsvorstand	640 EURO
Ehepartner/in	640 EURO
Kind von 6 Jahren	390 EURO
Kind von 13 Jahren	470 EURO
Zwischensumme	2.140 EURO
abzüglich 20 % wegen Synergieeffekte	428 EURO
<b>Grundeinkommen der Familie</b>	<b>1712 EURO</b>

**2. Familie: Alleinerziehende mit 2 Kindern im Alter von 3 und 5 Jahren**

Haushaltsvorstand	640 EURO
Kind von 3 Jahren	270 EURO
Kind von 5 Jahren	270 EURO
Zwischensumme	1.180 EURO
abzüglich 20 % wegen Synergieeffekte durch die Kinder	108 EURO
plus Mehrbedarf, da zur „Gruppe“ Alleinerziehend“ gehörend	180 EURO
<b>Grundeinkommen der Familie</b>	<b>1252 EURO</b>

**Stellt das Grundeinkommen eine Verbesserung gegenüber der Grundsicherung dar?**

Im folgenden werden für verschiedene Haushaltsgruppen die Grundeinkommen bestimmt (im Vergleich zur bisherigen Grundsicherungsregel durch das Arbeitslosengeld II und Sozialgeld)



**Wie hoch sind die Kosten für dieses Grundeinkommen?**

	Ermittlung der <b>Kosten für die Grundleistung</b> aufgesplittet nach Altersstufen (erste grobe Berechnung der Belastung!) jeweils in Mrd. € auf der Basis 2004	49
-	<b>Berücksichtigung von Synergieeffekten bei Haushalten ab 2 Personen</b> in Höhe von 20 %. Zur Berechnung sind genaue Kenntnisse der Zusammensetzung der Haushalte erforderlich:	8,2
=	<b>Belastung bei Abzug der Synergieeffekte:</b>	40,8
+	<b>Mehrbedarfe für bestimmte Risikogruppen:</b>	1,8
=	<b>Monatliche Belastung</b>	42,6
➔	<b>Jährliche Belastung</b>	<b>511</b>

**Welche Sozialleistungen werden überflüssig?**

Ersatz der bisherigen Fürsorgeleistungen		88 Mrd. €
Beträge in Mrd. € für das Jahr 2005:		
Entfall des bisherigen Arbeitslosengeldes II mit dem zugehörigen Sozialgeld (SGB II); Unterkunftskosten fallen weiterhin an!		25
Anrechnung an die Hilfe in besonderen Lebenslagen (SGB XII)		6
Reduktion des Bezugs durch Wohngeld (da durch Aufstockung des Einkommens Wohngeldgewährung nicht mehr gegeben: ca. 30 %)		1
Entfall der bisherigen Leistungen nach dem BAföG		2,3
Entfall der Grundsicherung für Rentner, Nicht-Erwerbsfähige		1,9
Entfall des Bezugs von Kindergeld		36,3
Entfall des Bezugs von Erziehungsgeld		3,1
Teilweiser Wegfall von monetären Leistungen im Rahmen der Jugendhilfe (ca. 45 %)		8
Entfall des Bezugs von Kriegsoffiziersleistungen		4,4



**Welche direkten und indirekten Entlastungen sind gegeben?**

**Geringere Ausgaben in der Sozialversicherung und geringere Belastungen in den Haushalten des Staates**

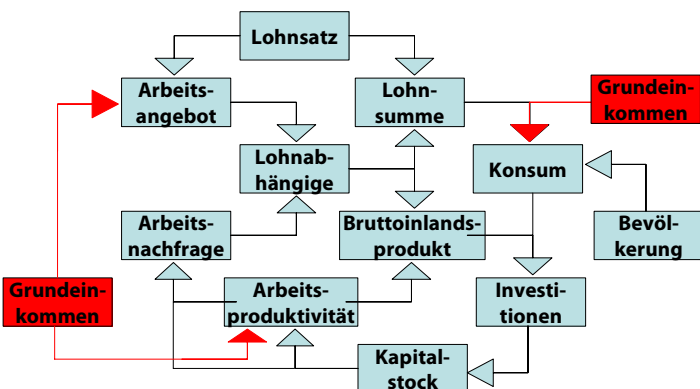
<b>I. Direkte Kostenentlastungen</b>	<b>18 Mrd.</b>
Geringere Verwaltungskosten durch „Wegfall“ vieler Sozialämter im öffentlichen Dienst, ca. 10 % der Beschäftigten (insbes. Arge's; nur noch Fördern!	<b>3 Mrd.</b>
Geringere Ausgaben für passive Arbeitsmarktpolitik: durch höheres Wachstum; Entscheidung gegen Erwerbsarbeit, nicht nur Vollzeit-erwerbsarbeit u.ä.)	<b>15 Mrd.</b>
<b>II. Indirekte Kostenentlastungen</b>	<b>36 Mrd.</b>
Geringere Ausgaben in der aktiven Arbeitsmarktpolitik durch Wegfall von Trainingsmaßnahmen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; zum Teil Fortbildung/Umschulung	<b>6 Mrd.</b>
Geringere Gesundheitsausgaben (Studie von Duisburg)	<b>10 Mrd.</b>
Höhere Steuereinnahmen/vermehrte Sozialbeiträge durch entspannten Arbeitsmarkt (25 % der Kosten)	<b>20 Mrd.</b>

**Wie muß das Steuersystem zur Finanzierung umgestaltet werden?**

Steuerliche Maßnahmen zusammen:	331 Mrd.	Volumen in Mrd. €
Wiedereinführung Vermögensteuer auf Privatvermögen von 2 % +hohe Freibeträge		35
Erhöhung der Schenkung- und Erbschaftsteuer auf das Niveau von 1996		16
Abschaffung des steuerlichen Grundfreibetrags (da steuerfreies Grundeinkommen)		30
Erweiterung der Steuer-Bemessungsgrundlage durch Abschaffung von Steuersubventionen (Steuervergünstigungen, Freibeträge, Abschreibungen) siehe Petersberger Vorschläge von 1997 (Prof. Bareis)		29
Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 56 % ab 60.000 € Einzelveranlagung		34
Abschaffung des Ehegattensplittings, nur noch Einzelveranlagung		22
Eindämmung von Steuerhinterziehungsmöglichkeiten		39
Erhöhung der Tabaksteuer auf maximales Niveau der EU-Vereinbarung		4
Erhöhung der Branntwein- und Schaumweinsteuer auf maximales Niveau der EU-V.		5
Einführung einer Weinsteuer auf maximales Niveau der EU-Vereinbarung		4
Einführung von Steuern auf umweltschädigende Stoffe (UPI-Institut)		29
Einführung einer Devisen-Umsatzsteuer (Tobin-Tax) von 2 %		31
Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer		12
Anhebung der Spekulationsfristen		5
Erhöhung der Umsatzsteuer um 3 % unter Beibehaltung von 7 % für bestimmte lebensnotwendige Güter		19

**Wie hoch sind die Multiplikatoreffekte durch das Grundeinkommen?**

**Die Einflüsse eines Grundeinkommens**



Die Auswirkungen des Grundeinkommens in makroökonomischer Sicht ist wegen der komplexen Zusammenhänge nicht eindeutig, aber eindeutig ist folgender logische Zusammenhang abzuleiten: Das Grundeinkommen führt im ersten Schritt zu höheren Konsummöglichkeiten, insbesondere bei den Niedrigeinkommenshaushalten, die eine Konsumquote von 100 % haben, bzw. wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nachweist, bis zu einem Einkommen von ca. 1200 € entsparen. Daraus folgt eine hohe Multiplikatorwirkung für das Wachstum des Volkseinkommens, da über den Konsum die Unternehmen neue Investitionsmöglichkeiten erkennen, neue Arbeitsplätze schaffen, hieraus wiederum neue Massenkaukraft entwickelt und so in einem lange andauernden Anstoß neue Wachstumsmöglichkeiten bietet, die auch

neue Steuereinnahmen generiert, die zur Finanzierung des Grundeinkommens herangezogen werden können. Natürlich sollen auf der anderen Seite Erwerbstätige im 1. Arbeitsmarkt ihre Arbeitszeiten verkürzen und somit ihr Einkommen verringern. Dies wird wahrscheinlich eher bei jetzt höheren Einkommen mit einer relativ hohen Sparquote eintreten, so dass hier nur zu Lasten der Sparquote (da durch das Grundeinkommen Risiken minimiert werden und somit „Angstspa-

ren“ wegfällt) das Grundeinkommen wirkt und den Multiplikatoreffekt kaum einschränkt. Dieser Multiplikatoreffekt ist auf jeden Fall in der Lage, die Finanzierungslücke von 46 Mrd. € zu decken!

Wie sieht insgesamt das Finanzierungskonzept für das Grundeinkommen auf der Basis des Jahres 2005 aus?	
Soll = Kosten für das Grundeinkommen	Haben = Ersparnisse bzw. Mehreinnahmen
Für das Grundeinkommen unter Berücksichtigung der Synergieeffekte und der Mehrbedarfe ergibt sich ein Finanzierungsvolumen von: 511 Mrd. €/Jahr	Ersatz der bisherigen Fürsorgeleistungen: 88 Mrd. €
	Geringere Staats- bzw. Sozialversicherungsausgaben sowie Wohlfahrtsgewinne: 54 Mrd. €
	Umbau des Steuersystems: 331 Mrd. €
	Neuverschuldung (ohne Multiplikatorprozesse): 38 Mrd. €

**In welchem Zeitrahmen kann das Grundeinkommen eingeführt werden?**

Es muss ein konsistenter Weg gefunden werden, um eine Gesellschaft auf solch eine bahnbrechende Wandlung der Einkommensschaffung und -verteilung aufgrund der Neuorientierung der Arbeit vorzubereiten. Im folgenden wird ein 4-stufiger Weg vorgeschlagen, welcher die Treppe darstellt um in ca. 10-20 Jahren das Modell eines bedingten Grundeinkommens einzuführen.

**Stufe 1a:**

Überwindung der strikten Bedarfsprüfung durch das SGB II und XII (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung für Nicht-Erwerbsfähige) durch vermehrte pauschalisierte Transferleistungen (fast aufkommensneutrale Finanzierung), welche die Armutsrisikoschwelle überschreitet.

- ➔ Neudefinition eines kulturellen Existenzminimums
- ➔ Abbau der verdeckten Armut
- ➔ ➔ Umsetzung durch ein Konzept der „negativen Einkommensteuer“

**Stufe 1b:**

Einführung eines GBS = Gemeinnütziger Beschäftigungssektor

- 1) Steigerung von Arbeitsplätzen in den sozialen Berufen (s.: S, DK, NL); gerade auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf)
- 2) Neuschaffung von Arbeitsplätzen im gemeinnützigen Sektor (Finanzierung durch Vermögensteuer)
- 3) Schaffung von Arbeitsplätzen im „Haushaltsbereich“: Kindererziehung, Pflege von Angehörigen

**Stufe 2:**

Für bestimmte „Risiko“-fälle werden Mindestsicherungsleistungen eingeführt (Aufhebung des Äquivalenzprinzips, gerade für versicherungsfremde Leistungen):

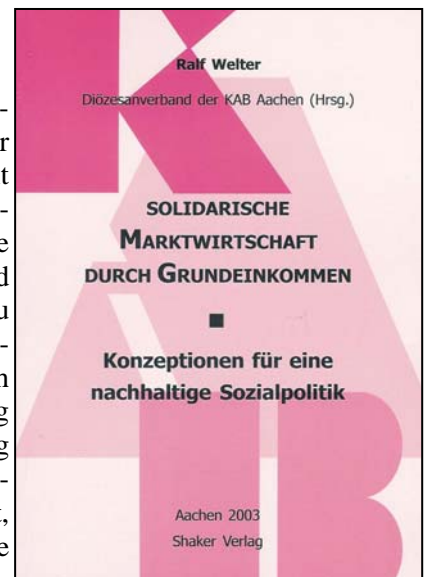
- Grundrente (Sockelrente nach KAB-Rentenmodell)
- Familiengehalt statt Kinder- oder Erziehungsgeld bzw. Elterngeld
- Bildungszeiten durch „Gehalt gefördert“ (Studierende, Sabbaticals)
- etc.

**Stufe 3:**

Erkenntnis, dass durch Produktivitätsfortschritt im Profit-Sektor „Recht auf Arbeit“ nicht durchsetzbar ist und neues qualitatives Wachstum erst durch flächendeckende Verteilung von Arbeit auf den Non-Profit-Bereich möglich ist:

**Umsetzung der Tätigkeitsgesellschaft durch das Instrument des Bedingten Grundeinkommens!**

Der hohe Stellenwert der Arbeit für den Menschen ist eine Verpflichtung für jede Gesellschaft menschenwürdige Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen. Durch die Neudefinition der Arbeit in der Triade der Arbeit wird zum erstenmal mit der Mär aufgeräumt, Privatarbeit (insbesondere Kindererziehung) und gemeinwesenbezogene Arbeit (ehrenamtliche Tätigkeit, Tätigkeit im 2. Arbeitsmarkt) seien in ihrer Wertigkeit anders zu behandeln, als die Tätigkeit im 1. Arbeitsmarkt. Die Gesellschaft wird zu dieser Erkenntnis gelangen und insofern bleibt die Frage, wie ist solch ein ökonomischer Umschwung auch finanziell zu bewerkstelligen. Auch wenn das Grundeinkommensmodell der KAB Aachen und Osnabrück nicht in einem Stück zu einem Zeitpunkt umgesetzt werden wird; d.h. vermutlich werden mehrere Stufen bis zur endgültigen Durchdringung in der Gesellschaft notwendig werden (z.B. angefangen von einer pauschalierten Sozialhilfe, über die Implementierung eines Erziehungseinkommens und einer Grundrente sowie der Schaffung eines 2. Arbeitsmarktes), wird in diesen Ausführungen das Finanzierungsvolumen zugrundegelegt, welches bei einer sofortigen Umsetzung notwendig wäre, um die Dimensionen und die positiven Möglichkeiten zu klären.



**Kontakt: Ralf Welter, Trierer Str. 711, 52078 Aachen, e-mail: ralph.welter@t-online.de**